

Roland Czada

Realismus im Aufwind?

Außen- und Sicherheitspolitik in der »Zeitenwende«¹

Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine entspann sich eine Debatte um die realistische Schule der Außenpolitik, die jahrzehntelang vor einer solchen Entwicklung gewarnt hatte. Dabei überrascht die Heftigkeit der Missbilligung einer Lehrmeinung, die gerade vor aller Augen bestätigt schien. Die lauteste Kritik kam aus der in Deutschland tonangebenden »idealistischen« Schule des normativen Institutionalismus. Das erstaunt, da deren Ideal einer wertebasierten Völkerrechtsordnung gerade im Pulverdampf des Krieges zerstoben war. Zudem folgt die nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine proklamierte 180-Grad-Wende der Sicherheitspolitik dem über Jahrzehnte hinweg geschmähten realistischen Paradigma.

Die hierzulande maßgebliche Schule der Internationalen Beziehungen (IB) setzt auf die Wirksamkeit von *soft power*. Ihre Friedensformel besteht aus der Überzeugungskraft von Ideen und als vernünftig geltenden *beneficial restraints* von Normen und Institutionen. Dagegen ist die Doktrin des außenpolitischen Realismus vom Denken in militärischer, ökonomischer und technologischer Machtüberlegenheit, *hard power*, gekennzeichnet. Für sie spielt es keine Rolle, ob ein Staat oder ein Machtblock demokratisch ist oder nicht. Ihr zutfolge streben Demokratien und Autokratien gleichermaßen nach Sicherheit, Machtbehauptung und Eindämmung eines tatsächlichen oder imaginierten Gegners. Normatives Einverständnis, um dessen Herstellung die Mehrzahl akademischer Debattenbeiträge zum Thema Internationale Beziehungen seit Jahrzehnten kreist, ist für die Schule des außenpolitischen Realismus ein Nebenthema.

Trotz jahrzehntelanger Warnungen schien die Überraschung groß, als russisches Militär am 24. Februar 2022 in die Ukraine eindrang. Auch wenn der unmittelbare Aggressor feststeht, bleibt die Frage aktuell: Wer hat etwas getan oder unterlassen, das dem Krieg zuspielte oder ihn ermöglichte? Es ist die klassische Frage, die sich mit jedem Krieg stellt. Sie ist brisant, weil sie auf Schuldzuweisungen hindeutet, die in jeder Nachkriegspolitik eine Rolle spielen. Die weitere Frage lautet: Wie ist Frieden möglich? Man kann ihre Beantwortung als epistemische Herausforderung betrachten und stößt dann

1 Claudia Czingon danke ich für wertvolle Hinweise.

auf Erklärungsansätze, die auf unterschiedliche Weise zum Verständnis des Konflikts beitragen.

1. Drei Ansätze der Friedenssicherung

Theorien der Außenpolitik und Internationalen Beziehungen zeigen sich im Detail vielfältig und komplex verästelt. Reduziert auf die Grundfrage nach einer wirksamen Gewaltkontrolle im internationalen Staatensystem sind zwei Pole erkennbar: einer, der auf »Weltinnenpolitik« hinzielt, die von universellen Werten, weltweiter Demokratie, allgemeinen Normen und gleichberechtigten Vertragsbeziehungen getragen ist. Es ist das Bild einer verständigungsorientierten Legalordnung, die nachhaltig den Frieden sichern soll. Dem gegenüber steht der Machrealismus, wie er von klassischen Staats- und Kriegslehren eines Sunzi, Thukydides, Machiavelli, Hobbes, Clausewitz, C. Schmitt und Zeitgenossen wie Henry Kissinger und John J. Mearsheimer vertreten wird. Es ist das Konzept einer internationalen Machtorde- nung, das militärischer Abschreckungsfähigkeit und den Kräfteverhältnissen im Staatensystem erstrangige Bedeutung zuspricht.

Während der Machrealismus den Frieden als Kräftegleichgewicht versteht und dessen etwaigen Normenkontext rein instrumentell betrachtet, lässt sich eine von Moralerwägungen beziehungsweise universellen Werten getragene Weltfriedensordnung auf zwei Wegen herstellen: in diskursiver Verständigung über Werte oder im antagonistischen Kampf um deren Geltungskraft. Dies führte einmal zu einem konsentierten, allgemein anerkannten Normensystem, anderenfalls zu einer nötigenfalls bewaffneten Konfrontation über dessen Reichweite und Inhalte. Letzteres, der Kampf für eine liberal-demokratisch fundierte Weltordnung, lag der US-Außenpolitik nach Ende des Kalten Krieges zugrunde. Die nun »einzige Weltmacht«² sollte den gewonnenen Sieg des Westens vollenden. Zu diesem Zweck befreite sie sich zielwidrig von einigen Fesseln internationaler Normen. Regelverletzungen, zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Irakkrieg, provozierten den Widerspruch des normativen Institutionalismus und von Staaten, die sich, wie Deutschland, am Irakkrieg oder an der Bombardierung Libyens nicht beteiligten. Ihre schärfste Gegnerin fand die neokonservative US-Außenpolitik aber in der Schule des außenpolitischen Realismus, die das Ziel einer von westlichen Werten geprägten neuen Weltordnung früh als Ursache neuer Kriege benannt und davor gewarnt hatte.³

2 Brzeziński 2015 [1997].

3 Mearsheimer 2018.

Der normative Institutionalismus, die neokonservative Außenpolitikdoktrin der USA und der außenpolitische Realismus, um die es im Folgenden geht, lassen sich auf drei Theorietraditionen zurückführen:

- Der *normative Institutionalismus* geht davon aus, die Idee einer allgemeinen Friedensordnung ließe sich argumentativ durchsetzen. Er setzt auf den zwanglosen Zwang des besseren Arguments und lässt sich insofern auf Ideale der Aufklärung, Kants Moralphilosophie und Habermas' Diskursethik zurückführen. Im Zentrum stehen Vernunftglaube und Überzeugungsarbeit, Waffen der Kritik, um mit Marx zu sprechen.
- Dem entgegen steht die Ansicht, die Idee vom universellen Frieden müsse nötigenfalls mit Gewalt verwirklicht werden. Hier soll, in Marx' Worten, die Kritik der Waffen eine Welteinheit herstellen und die Erlösung vom Krieg ermöglichen. Dahinter steht ein *revolutionärer Universalismus*. Er kennt keine Neutralitätsoption und erzeugt Interventionszwang. In der Tendenz folgt daraus eine imperiale »Logik der Welt-herrschaft«.⁴
- Der *außenpolitische Realismus* gibt sich moralisch indifferent. Sein einziges Ziel ist die Friedenssicherung. Statt universalistischer Ideale gilt ein von politischen Machtverhältnissen diktiertes Kräftegleichgewicht als Schlüssel zur Gewaltkontrolle. Hier kommen Machtlehren zum Vorschein, wie sie in der Auflösung der Einheit von Politik und Ethik bei Machiavelli, in Hobbes' Leviathan, in frühneuzeitlichen Toleranzedikten und Religionsfriedensschlüssen sowie in klassischen Pluralismustheorien aufscheinen.⁵

Die Ideale des normativen Institutionalismus wurden durch den Ukraine-Krieg erschüttert. Sie mussten einer Machtordnung weichen, die militärische, ökonomische, technologische und propagandistische anstelle normativer und argumentativer Mittel einsetzt. Ebenso diskreditiert erscheint der von den USA ausgehende missionarische Universalismus. Der Ukraine-Krieg steht am Ende einer Serie von Niederlagen des von Realisten als »*progressive liberalism*« bezeichneten Außenpolitikmodells. Dessen Missionen im Irak, in Afghanistan, Iran, Libyen, Syrien konnten weder den Frieden sichern, noch dort eine demokratische Transformation bewerkstelligen, noch besteht Aussicht, China, Russland und andere Autokratien für die Idee des demokratischen Friedens einzunehmen.

Die Schule des außenpolitischen Realismus hat sowohl die Fallstricke des normativen Idealismus als auch die Niederlagen des progressiven Liberalismus vorausgesagt und dafür prägnante Begründungen vorgelegt.⁶ Sie sollen

4 Münckler 2014.

5 Teile dieses ideengeschichtlichen Erbes werden in Kissinger 2015 deutlich.

6 Mearsheimer 2018; Kissinger 2015.

im Folgenden vorgestellt und mit Blick auf die Vorgeschichte des Konflikts um die Ukraine diskutiert werden.

2. Dunkle Herkunft

Die Gegenpole von Legalordnung und Machtordnung bestimmen die seit der frühen Neuzeit geführte Kontroverse um Grenzen und Möglichkeit der Einhegung von Kriegen durch ein allgemeines Völkerrecht. Teile der realistischen Schule verwerfen dessen Grundidee nationaler Selbstbestimmung und der paritätischen Souveränität von Staaten. Sie sehen darin ein kontrafaktisches Wunschbild, das zur Konfliktverschärfung im internationalen System beiträgt. Stattdessen betonen sie die Rolle von Machthierarchien im internationalen System. Daraus folgt das Konzept einer hierarchischen Staatenordnung, die aus hegemonialen Machtgebilden und Bündnisstrukturen oder Imperien hervorgeht. Diesen traut sie die Einhegung von Gewalt eher zu als einer essentiell anarchischen Staatenwelt, die sich – so die Annahme – normativ und dialogisch nie restlos zähmen ließe. Der Ansatz geht auf in Deutschland erdachte politische Raumtheorien von Ratzel, Haushofer, Wittvogel und C. Schmitt zurück.⁷ Sie waren aus nachvollziehbaren Gründen im westdeutschen Nachkriegsdiskurs verpönt. Durch den wilhelminischen und nationalsozialistischen Imperialismus belastet, war die geopolitische Schule jenseits rechtskonservativer und linker, antiamerikanisch eingestellter Kreise totgesagt.

Aus Deutschland in die USA eingewanderte Großraum-Theorien sind in die dort entstandene Schule des außenpolitischen Realismus eingeflossen. Mathew Specter hat die Traditionslinie von der politischen Geografie im deutschen Kaiserreich zu Theorien der Raumbeherrschung von Karl Haushofer und Carl Schmitt und von dort zu den klassischen Texten des amerikanischen Realismus nachgezeichnet.⁸ Ein charakteristisches Merkmal dieses Gedankenguts ist sein im Kontext von Friedenssicherung zynisch erscheinender moralischer Relativismus. Dieser deutsch-amerikanische Theorietransfer ist verdrängt worden, weil »ihn Liberale für skandalös hielten [...]. Im Zweiten Weltkrieg wurden deutsche Geopolitiker wie Haushofer von der alliierten Presse geächtet und in Nürnberg angeklagt. Ihre Verurteilung irritierte, da sie offen zugaben, wie viel sie dem Beispiel der amerikanischen Expansion im 19. Jahrhundert zu verdanken hatten.«⁹

⁷ Specter 2022.

⁸ Ebd.

⁹ Tooze 2022; vgl. Specter 2022.

Die realistische Schule vertritt trotz dieser Herkunft kein Weltbild des Imperialismus. Im Gegenteil. Sie geht auf empirische Analysen der Fünf-Mächte-Krise am Vorabend des Ersten Weltkrieges zurück und beschäftigt sich mit Machtdynamiken und Machtausgleich. Sie ist metatheoretisch dem zeitgleich entwickelten pluralistischen Paradigma einer Gleichgewichtsmechanik widerstreitender politischer Kräfte zuzuordnen. Der in den USA lehrende britische Historiker Adam Tooze erkennt zudem eine Affinität zwischen Realisten wie Mearsheimer und einem im linken Spektrum verorteten Liberalismus, dem die »unbeirrbar Logik der Macht« als Quelle einer auf Ausgleich bedachten Entspannungspolitik dient.¹⁰

Geopolitik und Realismus gehen von ähnlichen Prämissen aus, die reale Machtverhältnisse und Grenzen des Selbstbestimmungsrechts beinhalten. Man mag die Ansprüche von Regional-, Groß- und Weltmächten für eine Zumutung halten. Sie sind gleichwohl Realität. Mit Realitäten muss man umgehen und sie gegebenenfalls anerkennen, gerade wenn es um Krieg und Frieden geht. Dieser Kerngedanke des außenpolitischen Realismus wurde im akademischen Diskurs Nachkriegsdeutschlands oft missverstanden und schroff zurückgewiesen, während er in den USA an Universitäten, in Think Tanks und der Politik, nicht zuletzt im diplomatischen Corps seit dem 19. Jahrhundert fest verankert blieb.

In Deutschland totgesagt, ist der Machtrealismus in den USA lebendig wie eh und je. Mitten im Ukraine-Krieg schrieb Adam Tooze:

»Tatsächlich wird Mearsheimers Diagnose der Ukraine-Krise, auch wenn nicht laut ausgesprochen, de facto von einem großen Teil des außenpolitischen Establishments der USA geteilt. Das Versprechen einer Nato-Mitgliedschaft, das von der neokonservativen Bush-Regierung 2008 durchgesetzt wurde, war ein Akt der Hybris. Der Westen wird die Ukraine nicht im Stich lassen, aber er wird auch nicht militärisch intervenieren. Ein Teil der Wut gegen Mearsheimer ist abgeleitete Frustration auf Seiten der Liberalen, die in dessen Offenheit die schmerzlichen Grenzen des westlichen Engagements erkennen.«¹¹

3. Die Gegenposition der Neocons

Was die deutsche IB-Debatte oft vergisst: Die politisch relevanten Gegenspieler der realistischen Schule sind nicht normative Multilateralisten, denen das Völkerrecht und die Stärkung internationaler Organisationen am Herzen liegen, also nicht Theorien, wie sie in Deutschland im Schwange sind. Vielmehr sind es neokonservative Verfechter westlicher Ideale, Anhänger von Demokratieexport in andere Länder und entschiedene Gegner einer

¹⁰ Tooze 2022.

¹¹ Ebd.; Übersetzung R.C.

auf Machtbalance zielenden konservativen *Realpolitik*. Michael Harrington, nach europäischem Verständnis ein Sozialdemokrat, hatte den Begriff »neo-konservativ« geprägt, um der Ideologie des rechten Flügels der amerikanischen Linken ein Etikett zu geben.

Die amerikanischen Neokonservativen sind moralisch aufgeladene liberale Internationalisten, darunter kriegslüsterne Scharfmacher, die »Old Europe« als dekadent und verweichlicht wahrnehmen. Im Unterschied zum Realismus teilen sie ein ideologisches Sendungsbewusstsein, das die weltweite Verbreitung eines progressiv-liberalen Weltbilds rechtfertigt.¹² Wie Linke lehnen sie Machtgebrauch ohne Idealismus ab, und wie Rechte empfinden sie Moral ohne Machtanspruch als Zeichen von Verweichlichung. »Von den Liberalen [in US-Terminologie: Linken; R.C.] unterscheiden sie sich durch eine größere Bereitschaft zum Gewaltgebrauch und eine geringe Wertschätzung der Vereinten Nationen.«¹³ Ihren prägnantesten Ausdruck findet diese Haltung in der sogenannten Bush-Doktrin. Ihre Leitlinien sind: (1) Die innere Verfassung eines Staates bestimmt seine Außenpolitik; (2) Der Sieg der Freiheit im Kalten Krieg ermöglicht die Schaffung einer neuen Weltordnung; (3) Sicherheitspolitische Bedrohungen erfordern energische Intervention einschließlich präventiver Kriege; (4) Die Vereinigten Staaten müssen im Interesse von Frieden und Stabilität ihren Vorrang in der Weltpolitik sichern und nötigenfalls einseitig handeln können.¹⁴

Nicht ohne Grund wird von einer »konservativen Revolution« gesprochen, »die sowohl den pluralistischen Charakter der »westfälischen Diplomatie« als auch die von Befürwortern der Global Governance angestrebte universelle Rechtsordnung ablehnt«.¹⁵ Warnungen vor einem Krieg in der Ukraine kamen nicht aus diesen Reihen. Im Gegenteil, die Neocons, zu denen letztlich auch Obama gezählt wird,¹⁶ haben aus Sicht der Realisten durch ihren ideologisch motivierten Konfrontationskurs diesen Krieg mit verursacht.

Das Sendungsbewusstsein der amerikanischen Politik ist mit deren Weltmachtambitionen eng verbunden. Zbigniew Brzeziński, ein Taktgeber der amerikanischen Neocons, hatte 1997 aus geostrategischer Sicht begründet, warum die Ukraine zum künftigen Kriegsschauplatz werden würde.¹⁷ Für den Falken Brzeziński erschien dies nahezu unausweichlich. Hans-Dietrich Genscher, Vordenker der deutschen Ostpolitik und langjähriger deutscher

12 Mearsheimer 2018.

13 Muravchik, Walt 2008, S. 20.

14 Jervis 2003.

15 Drolet 2010, S. 533.

16 Posner 2009.

17 Brzeziński 2015 [1997].

Außenminister, fasst im Vorwort zur deutschen Ausgabe von Brzezińskis *The Grand Chessboard. American Primacy and Its Geostrategic Imperatives* zusammen:

»Will Amerika auch künftig seine Weltmachtstellung behalten, so muss es seine ganze Aufmerksamkeit diesem Gebiet zuwenden. Hier leben 75 Prozent der Weltbevölkerung, hier liegt der größte Teil der natürlichen Weltressourcen einschließlich der Energievorräte, und hier werden etwa 60 Prozent des Weltbruttosozialprodukts erwirtschaftet. Im Raum von Lissabon bis Wladiwostok entscheidet sich deshalb das künftige Schicksal Amerikas. Sein Ziel muss es deshalb sein, die politische und wirtschaftliche Entwicklung Eurasiens in seinem Sinne mitzugestalten und eine anti-amerikanische Allianz eurasischer Staaten zu verhindern.«¹⁸

Brzezińskis Hauptwerk wurde zu einem in viele Sprachen übersetzten Bestseller. Es steht heute noch auf einer Webseite der CIA zum Download.¹⁹ Die lieblos und fehlerhaft editierte deutsche Ausgabe erschien unter dem Titel *Die letzte Weltmacht* mit dem Vorwort von Hans-Dietrich Genscher im dubiosen Kopp-Verlag. Im esoterischen, pseudowissenschaftlichen und rechtspopulistischen Umfeld des Verlags für »in Mainstream-Medien unterdrückte Meinungen« stieß Brzezińskis Weltbestseller auf geringe Nachfrage. Das Buch handelt in großen Teilen vom geostrategischen Gewicht der als »mittlerer Raum« bezeichneten postsowjetischen Staaten in Osteuropa. Brzezińskis Ausführungen lesen sich wie ein Drehbuch der Konfliktentwicklung. Er fordert,

»[...] eine spezifische US-Politik zu formulieren, die in der Lage ist, die [...] Verhältnisse auszubalancieren, mitzubestimmen und/oder unter Kontrolle zu bekommen, um unverzichtbare US-Interessen zu wahren und zu stärken, und eine umfassendere Geostrategie zu entwerfen, die auf globaler Ebene den Zusammenhang zwischen den einzelnen Feldern der amerikanischen Politik herstellt.

[...] den entschlossenen Umgang mit geostrategisch dynamischen Staaten und den behutsamen Umgang mit geopolitisch katalytischen Staaten entsprechend dem Doppelinteresse Amerikas an einer kurzfristigen Bewahrung seiner einzigartigen globalen Machtposition und an deren langfristiger Umwandlung in eine zunehmend institutionalisierte weltweite Zusammenarbeit. Bedient man sich einer Terminologie, die an das brutalere Zeitalter der alten Weltreiche gemahnt, so lauten die drei großen Imperative imperialer Geostrategie: Absprachen zwischen den Vasallen zu verhindern und ihre Abhängigkeit in Fragen der Sicherheit zu bewahren, die tributpflichtigen Staaten fügsam zu halten und zu schützen und dafür zu sorgen, daß die ›Barbarenvölker‹ sich nicht zusammenschließen.«²⁰

18 Genscher 2015, S. 10–11.

19 www.cia.gov/library/abbottabad-compound/36/36669B7894E857AC4F3445EA646BFFE1_Zbigniew_Brzezinski_-_The_Grand_ChessBoard.doc.pdf (Zugriff vom 18.03.2022).

20 Brzeziński 2015 [1997], S. 66.

Im Klartext: Die USA soll Weltpolizei sein, ein Anspruch, an dem sie nach realistischer Einschätzung scheitern muss.²¹ Brzeziński versteht sein Buch als Gestaltungsauftrag, der in seiner Widmung zum Ausdruck kommt: »Meinen Studenten, möge das Buch ihnen dabei helfen, die Welt von morgen zu gestalten.«

Brzezińskis Blick eines Schachspielers auf das Weltgeschehen dürfte von dem Putins nicht weit entfernt sein. Aus europäischer Perspektive mag das skurril und bedrohlich zugleich erscheinen. Es wundert nicht, dass Brzeziński in der hiesigen Öffentlichkeit und Politikwissenschaft kaum Beachtung fand. Dabei war seine Sichtweise nach dem Zerfall Jugoslawiens und mit dem Irakkrieg durchaus in europäischen Feuilletons angekommen.²² In der politischen Programmatik und in der Wissenschaft fristete sie dagegen ein Schattendasein.

4. Vom Kalten Krieg zu heißen Kriegen

»Back to the Future« war der Titel eines 1990 veröffentlichten Artikels von John Mearsheimer, in dem er zunehmende Gewaltkonflikte nach dem Kalten Krieg voraussagt.²³ Seine Begründung ist einfach: Auf die Bipolarität des Kalten Krieges folgt Multipolarität, und dies gefährdet die sicherheitspolitische Situationsbeherrschung. Nachlassende Gewaltkontrolle sei auf Desorganisation und Interessenheterogenität zurückzuführen, eine Erklärung, die aus empirischen Konfliktanalysen – unter anderem von Arbeitskämpfen – vertraut ist. So führt die Fähigkeit, Interessen zu bündeln und umfassend zu vertreten, regelmäßig zu wirtschaftsfriedlichen, sozialpartnerschaftlichen Tarifbeziehungen, während mit der Zahl selbstständiger Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände unkontrollierte Überbietungskonkurrenz und ausufernde Streikaktivität Platz greifen. So steigt mit dem Verlust von Hegemonialstrukturen stets die Wahrscheinlichkeit destruktiver Konfliktverläufe. Mancur Olson hat schon 1986 auf diesen allgemeinen Zusammenhang und seine Gültigkeit für die internationalen Beziehungen hingewiesen.²⁴ Damit werden die Konfliktorganisation und die Fähigkeit zur Transformation von

21 Mearsheimer 2018.

22 Haine 2004; Kundnani 2022.

23 Mearsheimer 1990.

24 Olson verweist auf Parallelen zwischen Parteienwettbewerb, industriellen Konflikten und dem internationalen Staatensystem: »Hegemonic powers in an international system [...] have relatively constructive incentives. Narrow distributional coalitions will, by contrast, face uniquely perverse incentives. With the aid of this theory of the incentives facing political organizations neo-corporatism can be raised to the theoretical level and shown to have some potential for reducing the social costs of distributional struggle«; Olson 1986, S. 165.

unüberbrückbaren Wertekonflikten in händelbare Interessenkonflikte zum entscheidenden Kriterium.

Das im außenpolitischen Realismus vorherrschende Denken in Kategorien von Macht und Einfluss sowie die Annahme stetigen Hegemoniestrebens in regionalen und globalen Einflussphären stellen materielle Interessen anstelle von Werten in den Mittelpunkt. Es zielt nicht auf wechselseitige Überzeugung, sondern darauf, gegebenenfalls wirksamen Druck auszuüben. Der auf Fähigkeiten zur Gewaltanwendung – *use of force* – zentrierte Ansatz der Friedenssicherung galt in der Bundesrepublik als überholt, die Warnungen der Realisten als weltfremd. Er fand außerhalb von Einführungsvorlesungen kaum Erwähnung, weil man ihn für normativ unterlegen und nach dem Ende des Ost-West-Konflikts für empirisch widerlegt hielt:

»Mit dem Untergang des ›real existierenden Sozialismus‹ muß auch die Zukunft einer [...] politischen Denktradition, die der Realistischen Schule der Internationalen Beziehungen (IB), zunehmend fragwürdig erscheinen. Solange die Weltpolitik weitgehend vom Konflikt zwischen zwei Militärblöcken bestimmt wurde, lag eine theoretische Orientierung nahe, die im zwischenstaatlichen Wettbewerb um Macht (und insbesondere militärische Macht) den entscheidenden Erklärungsfaktor des internationalen Geschehens sah. Das überraschende Ende des Kalten Krieges stellt die Realisten indes vor ein doppeltes Problem: Zum einen müssen sie eine plausible Erklärung für diesen dramatischen und trotzdem gewaltfreien Umbruch anbieten [...]; zum anderen müssen sie zeigen, wie ihre Theorie in dieser neuen, offenbar friedlicheren Welt auf längere Sicht relevant bleiben kann – es sei denn, sie wagen die kühne These, daß die gegenwärtige Phase nur ein Übergangsstadium vor der Rückkehr zu einer konfliktreicheren Zukunft darstellt.«²⁵

Die »kühne These« ist längst wahr geworden. Unkontrollierbare Gewaltkonflikte und heiße Kriege folgten auf den Kalten Krieg.²⁶ Mearsheimers These ist vielfach bestätigt worden. Schon die Balkankriege in den 1990er Jahren zeigten, wie mit dem Zusammenbruch von Hegemonialstrukturen und den Versprechen von Demokratie und Selbstbestimmung nationalistische Töne laut wurden, ethnische, religiöse und sprachliche Konfliktlinien sowie ökonomische Verteilungskämpfe aufbrachen und in bewaffnete Konflikte übergingen. Der Überfall auf die Ukraine übertrifft nun die schlimmsten Befürchtungen. Obwohl auch er spätestens 1997 als reale Gefahr erkannt wurde, geschah aus realistischer Sicht zu seiner Verhinderung wenig. Die Konflikteskalation vollzog sich langsam und in Etappen, während die konstruktivistische Schule des normativen Institutionalismus in aller Seelenruhe ihre Diskurse über den sicherheitspolitischen Stellenwert von Diskursen ausfocht.

25 Wolf 1994, S. 171.

26 Mearsheimer 1990.

5. Konturen eines neuen Kalten Krieges

Ob und wie sich die Perspektiven einer multilateralen normativen Friedensordnung und einer hegemonialen Staatenhierarchie vereinbaren ließen, ist unklar. Vieles spricht dafür, dass wir zu Kategorien und Planspielen des Kalten Krieges zurückkehren. Sie haben die realistische Schule geprägt und, was oft vergessen wird, auch die deutsche Entspannungs- und Ostpolitik der 1970er Jahre beeinflusst. Im Folgenden soll das schlafwandlerische Hineinschlittern in einen neuen Kalten Krieg aus realistischer Sicht beleuchtet werden. Die Deutung dieses Krieges und seiner Ursachen entscheidet darüber, wie die künftige Lehre der internationalen Politik aussieht. Grob unterteilt stehen zwei Ansätze zur Wahl: ein neuer Kalter Krieg als antagonistischer Wertekonflikt zwischen Demokratien und Autokratien oder das Ringen großer Mächte um globale und regionale Einflussphären. Im ersten Fall hätten wir eine anhaltende Werte- und Systemkonfrontation, ähnlich dem Kalten Krieg zwischen Kapitalismus und Kommunismus: der demokratische Westen gegen den Rest der Welt, Eindämmung der Gegenseite, militärische Aufrüstung und Abschottung. Im zweiten Fall ginge es um eine von Hegemonialinteressen bestimmte, wechselseitig anerkannte Großraumordnung, die zugleich den Rahmen für ideologiefreie Handelsbeziehungen, die Sicherung von Rohstoffen und Verkehrswegen zu setzen imstande wäre.

Beide Szenarien wären für sich genommen dem realistischen Paradigma zugänglich und sind doch als Handlungsgrundsätze miteinander unvereinbar. Eine ständige Drohkulisse des Westens für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und gleichzeitig stabile Koexistenz von Demokratien und Autokratien schließen sich wechselseitig aus. Demokratie und Rechtsstaat sind maßgeblich durch friedliche Konfliktregelung und die Herrschaft des Rechts gekennzeichnet: Staats- und Lebensformen, die, durch Akzeptanz legitimiert, eine auf Gewaltfreiheit gegründete Mission erfüllen. Wer Gewalt anwendet und für unverzichtbar hält, um Gewalt zu widerstehen oder um seine eigenen Ordnungsvorstellungen durchzusetzen, folgt implizit dem Machtstaatsansatz. Der Antagonismus zwischen einer normativ und dialogisch angelegten internationalen Gewaltkontrolle und einer in hierarchischen Machtbeziehungen austarierten Einhegung von Gewalt lässt sich weder logisch noch moralisch aushebeln.

Mit dieser Feststellung befindet sich der demokratische Westen in einer Zwickmühle, die sich im Außenverhältnis am Umgang mit Autokratien – Golfmonarchien, China, Russland etc. – zeigt und im Binnenverhältnis am Umgang mit abweichenden Rechtsstaatsvorstellungen von Bündnispartnern – Türkei, Polen, Ungarn etc. Eine idealistische, allein an der Einhaltung universeller demokratischer, rechtsstaatlicher und menschenrechtlicher Grundnormen orientierte Außenpolitik erweist sich in dieser Gemengelage

als unmöglich. Alle Erfahrungen des Kalten Krieges sowie der ihn begleitenden und auf ihn folgenden heißen Kriege bestätigen diese Sichtweise. Auch im Vorfeld und bei der Folgenbewältigung des Krieges in der Ukraine wird dieses Dilemma des demokratischen Friedens deutlich. In einer Welt ausgeprägter materieller Ungleichheit, kultureller Spaltungslinien, eklatanter Interessengegensätze und Machtasymmetrien behält die realistische Theorie der Außenpolitik ihre Berechtigung, nicht zuletzt aufgrund ihrer Stringenz und empirischen Erklärungskraft.

6. Die Ukraine in der Konfliktperspektive des Machtrealismus

Die noch lebende Nachkriegsgeneration der »Fünfundvierziger« und der 1950er Jahre konnte sich im Kalten Krieg sicherer fühlen als in gegenwärtigen Verhältnissen. Das erschreckt und verdient, genau analysiert zu werden. Der Krieg um die Ukraine eignet sich als Musterbeispiel, weil an seiner Vorgeschichte ein mehrfaches Versagen deutlich wird.

In einem 2009 im *Leviathan* publizierten Aufsatz benannte John Mearsheimer Kontroversen um die Krim als Auslöser einer Konfrontation mit Russland, die zu einem Waffengang in der Ukraine führen werde, und zwar, wenn nichts unternommen wird, spätestens mit der Kündigung des Pachtvertrags über den russischen Flottenstützpunkt in Sewastopol.²⁷ Die Mahnung blieb ungehört, weil sie als irrelevant galt, vorgetragen aus einer Ecke der Wissenschaft, die man noch in Denkschablonen des Kalten Krieges gefangen sah. Egon Bahr, der Architekt der deutschen Ostpolitik, war einer der wenigen, der in Vorträgen Mearsheimers Perspektive aufgriff und eine westliche Vermittlung im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine forderte, unter anderem in einem 2010 ebenfalls im *Leviathan* veröffentlichten Beitrag.²⁸ Aber auch er sah das langsame Dahinschwinden aller Chancen auf Verständigung. 2013 stellte er, 91-jährig, in einem Vortrag vor Schülern resigniert fest: »Wir leben in einer Vorkriegszeit«, und er fährt fort: »In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.«²⁹

Schon in den 1990er Jahren waren warnende Stimmen vor einer militärischen Konfrontation laut geworden. 1997 richteten 50 prominente amerikanische Abgeordnete, Militärs, Diplomaten und Analysten einen offenen Brief an den damaligen Präsidenten Clinton, in dem sie ihre Ablehnung

27 Mearsheimer 2009.

28 Bahr 2010.

29 Riemer 2013.

einer Ausdehnung der NATO begründen. Früh gewarnt hatten auch George Kennan, Amerikas außenpolitischer Chefstrategie im Kalten Krieg, und Jack F. Matlock Jr., der letzte US-Botschafter in der UdSSR.³⁰ Sie befürchteten strategische Fehler im Umgang mit Russland, von denen eine Kette von Ereignissen ausgehe, die zur größten Sicherheitsbedrohung seit dem Kollaps der Sowjetunion führen könne. Clintons Verteidigungsminister William Perry schreibt in seinen Memoiren, dass die NATO-Erweiterung die Ursache für den »Bruch in den Beziehungen zu Russland« sei und dass er 1996 so sehr dagegen war, dass »ich aufgrund meiner Überzeugung einen Rücktritt in Erwägung zog«.³¹ Sir Roderic Lyne, ehemaliger britischer Botschafter in Russland und stellvertretender Vorsitzender des Chatham House, nannte den »Versuch des Westens, die NATO auf die Ukraine auszudehnen«, einen Fehler auf allen Ebenen: politisch, militärisch, wirtschaftlich, kulturell unklug. »Es hat keinen strategischen Sinn. Es gibt keine Vorteile und enorme Nachteile.«³² Robert M. Gates, langjähriger Verteidigungsminister der USA und CIA-Direktor, schreibt in seinen Memoiren:

»Die Beziehungen zu Russland waren nach dem Ausscheiden von Bush sen. aus dem Amt im Jahr 1993 nicht weiter gepflegt worden. Es war ein großer Erfolg, Gorbatschow dazu zu bringen, einem vereinten Deutschland als Mitglied der NATO zuzustimmen. Aber nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion so schnell so viele ihrer ehemals unterworfenen Staaten in die NATO aufzunehmen war ein Fehler. Die baltischen Staaten, Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn schnell einzubeziehen war richtig. Aber ich glaube, dass der Prozess dann hätte verlangsamt werden müssen. Die Vereinbarungen der USA mit der rumänischen und der bulgarischen Regierung über die Rotation von Truppen auf US-Basen in diesen Ländern war eine unnötige Provokation (zumal wir die 5.000 Soldaten praktisch nie in eines der beiden Länder verlegt haben). Die Russen hatten lange historische Beziehungen zu Serbien, die wir weitgehend ignorierten. Mit dem Versuch, Georgien und die Ukraine in die NATO zu bringen, war man wirklich zu weit gegangen.«³³

So vertrat ein US-Verteidigungsminister, dem das Militär besonders am Herzen lag, die damalige Ansicht des Pentagon. Generell fällt auf, dass gerade hohe Militärränge bevorzugt in Kategorien des außenpolitischen Realismus denken. Unter den Warnern vor einem Krieg in der Ukraine war die Schule der Realisten tonangebend: John Mearsheimer, Henry Kissinger und immer wieder eindringlich der ihr ebenfalls zugerechnete Russland-Experte Stephen Cohen. Er gab – wie Kissinger – einem zwischen den USA und Russland ausgehandelten Interessenausgleich den Vorzug, sah aber die Chancen dafür

30 Matlock 2022.

31 Perry 2015, S. 129.

32 Gryazin ohne Jahr.

33 Gates 2015, S. 157; Übersetzung R.C.

stetig dahinschwinden. 2014 sagte er: »Wenn wir die NATO-Truppen an die Grenzen Russlands verlegen, wird das natürlich die Situation militarisieren [und] Russland wird sich nicht zurückziehen, das ist existenziell.«³⁴

Bereits in den 1990er Jahren hatte Cohen westliche Forderungen nach Austerität und umgehender Privatisierung der russischen Staatswirtschaft als Fehler bezeichnet, weil dies den Aufstieg einer mafiösen Klasse zur Folge habe. Tatsächlich führen die Schockwellen des »freien Marktes« sowohl in Russland als auch in der Ukraine zu endemischer Korruption, Kriminalität und Chaos. In dieser Situation habe Putin mit Unterstützung von Geheimdienstkreisen für mehr Ordnung und Vorhersehbarkeit im Leben der Menschen gesorgt und darüber den russischen Demokratiediskurs in den Hintergrund gedrängt – ohne seine grundsätzliche Westorientierung aufzugeben. Stephen Cohen nannte in dem Zusammenhang die Außenpolitik von Bill Clinton »ein komplettes Desaster. Er sagte, es sei die schlechteste Außenpolitik seit Vietnam, die langfristige Gefahren heraufbeschwört.«³⁵

Solche Ausführungen zu den Verhältnissen in Russland, die auch in US-Kongress-Hearings wiederholt zu hören waren, zeigen, dass die inneren Verhältnisse von Staaten aus realistischer Sicht nicht gänzlich ignoriert, aber auch nicht systematisch beforscht wurden. So blieb die Frage ausgeklammert, warum intensive diplomatische Bemühungen um eine Friedenslösung etwa auf Basis des von Frankreich, Deutschland, der Ukraine und Russland ausgehandelten Minsker Abkommens nicht zum Erfolg führten. Der ukrainische Präsident Selenskyj hatte dessen Umsetzung kurz nach seiner Wahl in Angriff genommen, war dann aber am Widerstand rechtsnationaler Kräfte gescheitert. Als nach einer Großdemonstration am 6. Oktober 2019 in Kiew gegen den als »Steinmeier-Formel« bezeichneten Ablaufplan ein neuer Staatsstreich drohte, schwenkte Selenskyj auf die Seite der Gegner des Abkommens um. Fortan galten nicht nur dieser, sondern auch alle folgenden diplomatischen Friedensinitiativen als Verrat an der Ukraine.³⁶ Dass die Ukraine und ihre prekäre innenpolitische Verfassung in Erklärungen der Realisten so gut wie nicht vorkommen, muss als wesentliche Schwäche des Ansatzes betrachtet werden.

34 Stephen Cohen in einem TV-Interview. www.youtube.com/watch?v=uE9jULgC42o (Zugriff vom 08.04.2022).

35 Abgeordneter James Leach in 106. US-Congress 2000.

36 Das Minsker Abkommen scheiterte nicht zuletzt, weil es dem rechtsnationalen Programm einer »Entrussifizierung« der Ukraine entgegenstand. Zur innenpolitischen Situation nach 2014: Ishchenko 2022; Czada 2022; Deutscher Bundestag 2022.

7. Der Einmarsch und seine Folgen

Im April 2021 begann die Verlegung russischer Truppen an die Grenze zur Ukraine. Anlass war das am 24. März 2021 unterzeichnete ukrainische Regierungsdekret Nr. 117/2021 über die De-Okkupation und Rückeroberung der Krim und der Donbas-Region.³⁷ Gleichzeitig waren 300 Tonnen amerikanischer Waffen an die Ukraine geliefert worden. Im Juni 2021 hatte die US-Administration eine weitere geplante Waffenlieferung im Umfang von 100 Mio. Dollar vorübergehend gestoppt, nachdem der russische Präsident ankündigte, seine Truppen zurückzuziehen.³⁸ Die Truppen wurden teilweise abgezogen, die militärische Infrastruktur blieb jedoch bestehen. Im Oktober 2021 begann eine zweite Truppenkonzentration mit einer größeren Zahl von Soldaten. Die Überraschung war dennoch groß, als nach einer Serie von Vermittlungsversuchen, unter anderem des französischen Präsidenten Macron und von Bundeskanzler Scholz, die russischen Truppen am 24. Februar 2022 in die Ukraine einfielen.

Umgehend gaben ukrainische und osteuropäische Stimmen Deutschland und Frankreich eine Mitschuld am Krieg, weil deren Eliten in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik entgegen aller Warnungen die Gefahr heruntergespielt hatten.³⁹ Von anderer Seite heißt es, die das behaupten, hätten mit ihrem eigenen Begehren nach NATO-Erweiterung und Querschüssen im NATO-Russland-Rat die Verständigung mit Russland hintertrieben und auf diese Weise den Konflikt befeuert. Hier wird ein innereuropäischer Konflikt deutlich, der das ohnehin gespannte Verhältnis zwischen osteuropäischen und westeuropäischen EU-Mitgliedstaaten auch künftig belasten dürfte.

Für die Zuspitzung des NATO-Russland-Konflikts sei nicht die amerikanische Administration verantwortlich, sondern die europäische Uneinigkeit, heißt es andererseits, und auch nicht allein die NATO-Osterweiterung, sondern primär die EU-Assoziierung der Ukraine. Ehemalige Warschauer-Pakt-Staaten hätten den NATO-Russland-Pakt hintertrieben und eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine auf die Agenda gesetzt. Rose Gottemoeller, Chefunterhändlerin der USA für den neuen Vertrag zur Reduzierung strategischer Waffen (New START) und ehemalige stellvertretende NATO-Gene-

37 Decree of the President of Ukraine No. 117/2021. <https://seemorerocks.is/decreed-of-the-president-of-ukraine-no-117-2021/> (Zugriff vom 08.04.2022).

38 Swan, McLeary 2021.

39 Zum Beispiel in Stellungnahmen aus Osteuropa, etwa des polnischen Ministerpräsidenten und zahlreicher Stimmen aus der Ukraine, darunter der Offene Brief ukrainischer Intellektueller, darunter die Schriftstellerin Katja Petrowskaja und der Präsident des PEN-Clubs, Andrei Kurkow: Bystrytsky et al. 2022. Sehr deutlich: Kartnitschnig 2022.

ralsekretärin, ließ dies, gestützt auf eigene Erfahrungen, in einem ersten Kommentar nach Beginn des Krieges anklingen:

»Aus der Sicht der NATO versuchte man, die Sache für Russland zum Guten zu wenden. Ich möchte nicht behaupten, dass alle NATO-Mitglieder gleichermaßen bemüht waren, die Partnerschaft zum Erfolg zu führen; die ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten waren nervös und besorgt über das Engagement und die Beteiligung Russlands an der NATO und befürchteten, dass die NATO dadurch untergraben würde. Aus der Sicht der NATO-Politik war das Bündnis jedoch bestrebt, die Partnerschaft mit Russland zum Funktionieren zu bringen. Das ist etwas, was in der jetzigen Diskussion übersehen wird. Jeder scheint für bare Münze zu nehmen, dass die NATO für Putin ein Problem darstellt. Meiner Meinung nach hat er das Problem geschaffen, und es geht eher darum, dass die Ukraine eine gesunde wirtschaftliche Beziehung zur EU hat; die Ukraine hat plötzlich in gewisser Weise eine größere Zukunft als Russland.«⁴⁰

Alle Politik hat Nachwirkungen und eine Vorgeschichte. Dazu zählen Wahrnehmungsmuster und politische Reaktionen, die dem Krieg vorausgingen. Welche Denkschablonen prägten den außen- und sicherheitspolitischen Diskurs? Und welche Lehren für die internationalen Beziehungen, die Sicherheitspolitik und eine künftige Friedensordnung sind zu erwarten? Wer diese Fragen beantworten möchte, muss eine über die Ukraine hinausreichende Perspektive einnehmen.

Aus der Ukraine hörte man, der russische Angriff sei der Auftakt zu einem dritten Weltkrieg. Dies verweist auf die historische und geopolitische Dimension des Krieges. Mit ihm werden die USA und das transatlantische Bündnis erstmals in Europa herausgefordert. Dabei steht er in einem größeren, welthistorischen Zusammenhang. Er umfasst Konflikte um Syrien, Iran, Irak, die Golfstaaten, Afghanistan, Taiwan und ganz offensichtlich auch den Zugang zu Energie- und Rohstoffquellen. Manche sehen den Kampf um die Ukraine als Teil einer Krise der westlichen Hegemonie, andere als einen Kampf des Westens um sein europäisches Zivilisationserbe.⁴¹

Die »einzige Weltmacht«⁴² USA sieht sich seit geraumer Zeit durch Krisen herausgefordert. Sie sind vom Nahen Osten bis zum Hindukusch, von Lateinamerika und besonders von einem erstarkten China ausgegangen und nun mit der russischen Invasion der Ukraine in Europa angekommen. Im Nahen und Mittleren Osten haben die USA ihre Rolle als Ordnungsmacht bereits eingebüßt. Trotz oder wegen der amerikanischen Politik gegenüber Syrien konnte russisches Militär das diktatorische Assad-Regime an der Macht halten. Nach Jahrzehnten westlicher Einmischung kehrten die Taliban nach Kabul zurück. Wenige Tage nach dem Einmarsch russischer

40 ACA 2022; Übersetzung R.C.

41 Kundnani 2022.

42 Brzeziński 2015 [1997].

Truppen in die Ukraine griffen im Iran abgefeuerte Raketen amerikanische Stellungen im Irak an. Die nun allenthalben ausgerufene militärische Alarmbereitschaft kontrastiert stark mit der nach Ende des Kalten Krieges imaginierten friedlichen neuen Weltordnung, die in Wirklichkeit stets von geopolitischen Großmachtsansprüchen und regionalen Hegemoniebestrebungen überschattet blieb. Das war in Deutschland verdrängt worden, obwohl man selbst vielerorts militärisch involviert war.

Neo-Imperialismus lautete ein Vorwurf, der in Teilen des Globalen Südens gegen die Weltordnungspläne des Westens erhoben wurde. Dies mag erklären, warum 52 Länder mit meist kolonialer Vergangenheit oder islamischer Prägung auf die UNO-Resolution zur Verurteilung der russischen Invasion mit Enthaltung, Ablehnung oder Abwesenheit reagiert haben.

Dabei trägt gerade der Ukraine-Krieg eindeutige Merkmale eines imperialistischen Eroberungskrieges. Er zielt zwar nicht auf die Herstellung einer in diesem Fall von Russland beherrschten Weltordnung. Andererseits verschob sich sein Rechtfertigungsnarrativ mehr und mehr in Richtung eines Feldzuges zur Wiederherstellung des einstigen zaristischen und darauffolgenden sowjetischen Imperiums. Hinzu trat ein in Russland verbreiteter Messianismus, die Vorstellung von Moskau als einem dritten Rom und einer russisch-orthodoxen Kultur und Lebensweise, die vor westlichen Einflüssen zu schützen sei. Dem Westen und insbesondere dem außenpolitischen Realismus war dieses ideologische Moment lange verborgen geblieben. Sein Anspruch einer rationalen, von politisch-ideologischen und moralpolitischen Narrativen befreiten Interessenabwägung muss unter diesen Umständen ins Leere laufen. Der Ansatz hat hier seine Achillesferse: Wenn der Krieg wütet, die Massen mobilisiert sind und tiefste Feindschaft, Emotionalität und Grausamkeit den Verstand trüben, ist eine rationale Bestandsaufnahme und Abklärung von Interessen kaum noch möglich.

8. Fazit und Ausblick

Die realistische Schule erscheint in doppelter Weise anrühlich. Einerseits skandalisiert sie dem Westen zugeschriebene politische Versäumnisse, andererseits erscheint als Skandal, wie sie angeblich für Russland Partei ergreift. Indes verstehen sich Realisten nur als Überbringer einer unangenehmen Botschaft und sehen sich als solche angegriffen.

Kritiker bemängeln, der Realismus formuliere keine politische Zielvorstellung, habe keine emotionale Ausstrahlung und verzichte auf ein moralisches Urteil, wodurch ein politischer Handlungsgrund nicht ersichtlich würde.⁴³

43 Carr 2016.

Dieses Verdikt verbannt die Theorie aus der Ideengeschichte. Dagegen ist einzuwenden: Der außenpolitische Realismus hat durchaus eine klare Zielvorstellung. Sie lautet: Erhalt des Friedens auch um den Preis der Aufgabe hehrer Menschheitsziele, ein Ziel, das Max Weber in seinem berühmten Vortrag »Politik als Beruf« jeder verantwortlichen Politik aufträgt.

Der außenpolitische Realismus führt nicht zu Strategieratschlägen, die auf Konfrontation hinauslaufen. Vielmehr hat er zu Dialog und Einhegung der russischen Föderation gedrängt. Sein Bild einer neutralen, föderativ verfassten Ukraine stieß in der US-Administration von Anfang an auf Ablehnung. Dabei hätte es der Geschichte und Konfliktlage mehr entsprochen als ein unitarisches »*nation building*«,⁴⁴ zumal die im Osten und Süden lebende Bevölkerung noch 2013 mehrheitlich eine eindeutige Westorientierung des Landes ablehnte.⁴⁵ Das Modell Bündnisneutralität und die Einbindung von Teilrepubliken in einem Zweikammersystem hätten die befürchtete Sezessionsgefahr bannen und eine Konflikteskalation verhindern können. Indes befürchtete man dadurch einen dauerhaften russischen Einfluss. Leider fand die Ukraine unter westlichen Verfassungsexperten nicht die Aufmerksamkeit und Unterstützung, wie sie etwa der südafrikanischen Verfassungsdebatte in den 1990er Jahren zuteilwurde. Heerscharen westlicher »Berater« verfolgten stattdessen eine neoliberale Mission, die zur Befriedung der Lage wenig beitrug.

Vermutlich hätte Neutralität der Ukraine mehr genützt, als sie mit Waffenlieferungen zur Zielscheibe Russlands zu machen und ihr gleichzeitig den Schutz der NATO abzusprechen. Die Frage stellt sich, warum in Westeuropa die Alarmglocken still blieben und kein Druck auf die Ukraine etwa im Sinne des von ukrainischen Nationalisten offen torpedierten Minsker Abkommens ausgeübt wurde. Es beinhaltete eine auf Machtteilung hinauslaufende Kompromissidee, wie sie Friedensschlüssen seit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges zugrunde lag.⁴⁶

Es waren nicht Realisten, die im postsowjetischen Osteuropa den Westen erklärt haben, sondern Neocons, Neoliberale, Banker und Schockprivatisierer. Sie waren vor allem dort erfolgreich, wo demokratische Staatstraditionen fehlten und daher ökonomische Ausplünderung leicht vonstattenging, namentlich in der Ukraine und Russland. Das Ergebnis ist die dortige Oligarchenszene. Wer dem außenpolitischen Realismus eine herablassende Besserwisserei gegenüber Osteuropa – *Westsplaining* – vorwirft, trifft die Falschen und lenkt von eigenem Versagen ab.

44 Schmid, Kleeb 2015.

45 Ebd., S. 123–128.

46 Czada 2017.

Der beginnende Krieg ließ Vaterlandsliebe und Heldenverehrung zur Geltung kommen. Dem außenpolitischen Realismus sind Sendungsbewusstsein und Heldenverehrung fremd. Er zeigt weder einen besonderen Hang zum Nationalismus noch zum Militarismus. Der Grund liegt in seiner kühlen Distanz zur Ideologisierung des Politischen. Es geht ihm primär darum, Kriege zu verhindern und gegebenenfalls zu gewinnen, wenn sie sich nicht vermeiden lassen. Im Zentrum stehen Zwecke und Techniken des Machtgebrauchs, nicht dessen Verherrlichung. »Realisten sind im Allgemeinen weniger kriegslüstern als Liberale, die dazu neigen, Gewalt zur Förderung des internationalen Friedens einzusetzen [...]. Die meisten lehnten den Irak-Krieg 2003 ab, während Amerikas prominenteste Theoretiker des gerechten Krieges (*Jean Elshtain, James Turner Johnson* und *Michael Walzer*) ihn durchaus positiv gesehen hatten.«⁴⁷

Dadurch, dass der Westen zwar im Ukraine-Krieg als Waffenlieferant und mit Wirtschaftssanktionen auftritt, an Friedensgesprächen aber nicht teilnimmt, erscheint eine umfassende Verhandlungslösung unmöglich. Wir haben es mit einem Stellvertreterkrieg zu tun, in dem man die Ukraine für die Sache des Westens kämpfen lässt. Dies begünstigt eine unkontrollierbare Konfliktdynamik und erschwert einen dauerhaften Verhandlungsfrieden. Nach der russischen Ukraine-Invasion scheint Entspannungspolitik diskreditiert zu sein. Dieser Eindruck basiert auf einem falschen Verständnis von Entspannungspolitik, das auch dem deutschen IB-Diskurs zugrunde lag. Es beruht auf der Vorstellung, diese sei von universellen Werten bestimmt gewesen.⁴⁸ Tatsächlich besteht Entspannungspolitik stets notgedrungen in der Duldung von Werten und Interessen einer Gegenseite, die den eigenen diametral entgegenstehen. Die idealistische Schule vergaß, dass die deutsche Ostpolitik nach dem Einmarsch von 500.000 Soldaten des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei konzipiert wurde. Es war Realpolitik, der es um die Vermeidung von Krieg und um Erleichterung für die Menschen ging. Hätte sie nicht jede Bekehrungsabsicht gegenüber ihren Verhandlungspartnern abgelegt, hätte es die »Ostpolitik« nie gegeben. Auch hatte man seinerzeit nicht die Waffen niedergelegt, sondern Wehrhaftigkeit und Interessenausgleich als zwei Seiten einer Medaille anerkannt. Als Egon Bahr mahnte, an dieser Maxime auch nach dem Kalten Krieg festzuhalten, war das auf Werte und Moraldiskurse abhebende außenpolitische Denken bereits handlungsleitende Doktrin geworden. Als deren Rechtfertigung diente ausgerechnet die Ostpolitik der 1970er und 1980er Jahre, der ein ganz anderer, realpolitischer Ansatz zugrunde lag.

47 Mearsheimer 2018, S. 223.

48 Risse 2000.

Der in Broschüren und Forschungsbeiträgen vorgetragene Optimismus zur Rolle der EU als Friedensmacht erscheint spätestens mit dem Ukraine-Krieg so angeschlagen, dass eine realistische Reformulierung ihrer Mission dringlich wird. Nur, wie ließe sich eine Wende bewerkstelligen, ohne den eigenen Wertekanon aufzugeben?

Eine an Idealen orientierte, wertebasierte Politik ist janusköpfig. Sie steht einerseits für Prinzipienfestigkeit und Haltung, kann andererseits aber auch als Ideologie entlarvt werden. Was die EU als Wertekonsens predigte, konnte im politischen Handgemenge leicht als scheinheilige Gesinnung verworfen werden. Hat sie wirklich das Wohl aller im Auge oder verfolgt sie ein Hegemonieprojekt? Die offene Flanke jeder wertebasierten Politik, ein stets mitschwingender Ideologieverdacht, sollte sich insbesondere nach den Erweiterungsschüben nach Osteuropa als Hypothek erweisen. Zumal mehr und mehr materielle und nicht ideelle Werte das Integrationsprojekt vorantrieben. Angesichts der momentan nur kaschierten Konflikte zwischen den Mitgliedsländern stellt sich die Frage, ob und wie ein realistischer Ansatz den gordischen Knoten, in dem sich die EU verfangen hat, lösen könnte. Die zu inneren Zerwürfnissen hinzugekommenen außenpolitischen Herausforderungen, wie sie in Auseinandersetzungen mit China und Russland und dem Brexit entstanden sind, machen die Suche nach einer neuen Sicherheitspolitik nicht einfacher.

Der außenpolitische Realismus trennt das innenpolitische vom außenpolitischen Demokratiebekenntnis. Er sieht sich als Verteidiger der heimischen Demokratie – *liberalism at home* – und lehnt außenpolitische Missionierung – *liberalism abroad* – ab, weil sie die heimische Demokratie gefährde.⁴⁹ Sie riskiere Transparenzverlust, Militarisierung, Einschränkung von Bürgerrechten, Gesellschaftsspaltung. Ob die These zutrifft, sei dahingestellt. Übertragen auf die Europäische Union erlaubt sie interessante Einblicke. Die Trennung von *liberalism at home* und *liberalism abroad* lässt sich auf sie nicht anwenden. Demokratie und Rechtsstaat im EU-Binnenverhältnis sichern und offensiv nach außen etwa gegenüber China und anderen Autokratien auftreten lässt sich nicht leicht miteinander vereinbaren, wenn zum Beispiel einzelne Mitgliedsländer Chinas Seidenstraße-Initiative beitreten, andere auf die Achtung demokratischer Standards in China pochen. Das begrenzt die Möglichkeiten, sich der amerikanischen Doktrin anzuschließen. Die Aufnahme der Ukraine in die EU würde ihr entsprechen, so wie bereits die Osterweiterung und die EU-Nachbarschaftspolitik ein Denken in Einflussphären erkennen ließ. Die Integrationsprobleme der EU würden dadurch nicht geringer. Sie traten durch den russischen Angriff auf die Ukraine ledig-

49 Mearsheimer 2018, S. 127–135.

lich in den Hintergrund. Sie könnten mit umso größerer Wucht zurückkehren, wenn es um die Aufnahme der Ukraine und das künftige Verhältnis zu Russland geht. Das Gewicht der postsowjetischen Staaten im Baltikum, Polens, Tschechiens, der Slowakei und Ungarns wird absehbar in EU und NATO zunehmen. Dabei könnten Machtunterschiede, die das Regelwerk der EU einhegen soll, deutlicher als bisher zum Vorschein kommen und den normativen Institutionalismus weiter einschränken. Auch dies könnte die realistische Schule als Erklärungsansatz künftig vermehrt zur Geltung bringen.

Die Politik kann ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für eine zuvor verworfene militärische Drohkulisse in einer historischen Sekunde hervorzaubern. Im akademischen Diskurs ist ein Paradigmenwechsel nicht so einfach. Die deutsche und europäische Politik erfuhr in kürzester Zeit eine Neuausrichtung, die akademischen Wirklichkeitsdeutungen und Lehrmeinungen noch bevorsteht. Der Politikwechsel braucht eine über den Augenblick hinausweisende Rechtfertigung. Wo soll die viel beschworene »Zeitenwende« hinführen? Diese Frage bleibt ungelöst. Ihre realistische Beantwortung könnte auf allen Seiten schmerzhaft Einsichten zutage fördern und die demonstrative Geschlossenheit des Westens auf die Probe stellen.

Literatur

106. US-Congress 2000. *Russia: How Vladimir Putin Rose to Power and What America Can Expect*. Hearing before the Committee on International Relations vom 27. September 2000. www.govinfo.gov/content/pkg/CHRG-106hhrg69718/html/CHRG-106hhrg69718.htm (Zugriff vom 23.03.2022).
- ACA (Arms Control Association) 2022. *Long in the Making: The Russian Invasion of Ukraine*. www.armscontrol.org/act/2022-03/features/long-making-russian-invasion-ukraine (Zugriff vom 08.04.2022).
- Bahr, Egon 2010. »Strategische Partnerschaft mit der russischen Föderation«, in *Leviathan* 38, 1, S. 135–141.
- Brzeziński, Zbigniew 2015 [1997]. *Die einzige Weltmacht*. Rottenburg: Kopp Verlag. [Original: Zbigniew Brzeziński 1997. *The Grand Chessboard. American Primary and Its Geostrategic Imperatives*. www.cia.gov/library/abbottabad-compound/36/36669B7894E857AC4F3445EA646BFFE1_Zbigniew_Brzezinski_-_The_Grand_ChessBoard.doc.pdf (Zugriff vom 08.04.2022)].
- Bystrytsky, Yevhen et al. 2022. »Liebe Deutsche, schämen Sie sich nicht?«, in *Die Welt* vom 9. März 2022. www.welt.de/debatte/kommentare/article237411197/Offener-Brief-aus-der-Ukraine-Liebe-Deutsche-schaemen-Sie-sich-nicht.html (Zugriff vom 08.04.2022).
- Carr, Edward H. 2016. »The Limitations of Realism«, in *The Twenty Years' Crisis, 1919–1939*. Reissued with a new preface from Michael Cox, hrsg. v. Carr, Edward H.; Cox, Michael, S. 84–88. London: Palgrave Macmillan.
- Czada, Roland 2017. »Ein ›Westfälischer Friede‹ für die Krisenherde der Gegenwart?«, in *Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft* 24, S. 159–179.
- Czada, Roland 2022. »Wie Walter Steinmeier in der Ukraine zum meistgehassten Deutschen wurde«, in *GlobKult Magazin* vom 13. April 2022. www.globkult.de/politik/europa/2188-wie-walter-steinmeier-in-der-ukraine-zum-meistgehassten-deutschen-wurde (Zugriff vom 19.04.2022).

- Deutscher Bundestag 2022. *Die Minsker Vereinbarungen zum Ostukraine-Konflikt*. Berlin: Wissenschaftlicher Dienst, Ausarbeitung WD2 – 3000 – 081/21.
- Drolet, Jean-François 2010. »Containing the Kantian Revolutions: A Theoretical Analysis of the Neo-conservative Critique of Global Liberal Governance«, in *Review of International Studies* 36, 3, S. 533–560.
- Gates, Robert M. 2015. *Duty. Memoirs of a Secretary at War*. New York: Vintage Books/Penguin Random House.
- Genscher, Hans-Dietrich 2015. »Vorwort«, in *Zbigniew Brzeziński: Die einzige Weltmacht*, S. 9–14. Rottenburg: Kopp Verlag,.
- Gryazin, Nikita ohne Jahr. *The UC Interview Series: Sir Roderic Lyne*. <https://uc.web.ox.ac.uk/article/the-uc-interview-series-sir-roderic-lyne> (Zugriff vom 28.03.2022).
- Haine, Jean-Yves 2004. »Idealism and Power: The New EU Security Strategy«, in *Current History* 103, 671, S. 107–112.
- Ishchenko, Volodymyr 2022. »Towards the Abyss«, in *New Left Review* 133, 1, S. 17–39.
- Jervis, Robert 2003. »Understanding the Bush Doctrin«, in *Political Science Quarterly* 118, 3, S. 365–388.
- Kartnitschnig, Mathew 2022. »Putin's Useful German Idiots. Russia's Invasion of Ukraine Is a Repudiation of a Whole Generation of German Politicians from across the Spectrum«, in *politico* vom 28. März 2022. www.politico.eu/article/putin-merkel-germany-scholz-foreign-policy-ukraine-war-invasion-nord-stream-2/ (Zugriff vom 08.04.2022).
- Kissinger, Henry 2015. *World Order. Reflections on the Character of Nations and the Course of History*. London: Penguin Books.
- Kundnani, Hans 2022. »First, we did too little to oppose Russia. Now do we risk going too far the other way?«, in *The Guardian* vom 13. März 2022. www.theguardian.com/commentisfree/2022/mar/13/first-we-did-too-little-to-oppose-russia-now-do-we-risk-going-to-o-far-the-other-way (Zugriff vom 14.03.2022).
- Matlock, Jack F. 2022. *I Was There: NATO and the Origins of the Ukraine Crisis*. <https://responsiblestatecraft.org/2022/02/15/the-origins-of-the-ukraine-crisis-and-how-conflict-can-be-avoided/> (Zugriff vom 20.03.2022).
- Mearsheimer, John J. 1990. »Back to the Future: Instability in Europe after the Cold War«, in *International Security* 15, 1, S. 5–56.
- Mearsheimer, John J. 2009. »Warum herrscht Frieden in Europa?«, in *Leviathan* 37, 4, S. 519–531.
- Mearsheimer, John J. 2018. *The Great Delusion. Liberal Dreams and International Realities*. New Haven: Yale University Press.
- Münkler, Herfried 2014. *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt
- Muravchik, Joshua; Walt, Stephen M. 2008. »The Neocons vs. The Realists«, in *The National Interest* 97, S. 20–36.
- Olson, Mancur 1986. »A Theory of the Incentives Facing Political Organizations: Neo-Corporatism and the Hegemonic State«, in *International Political Science Review* 7, 2, S. 165–189.
- Perry, William J. 2015. *My Journey at the Nuclear Brink*. Stanford: Stanford Security Studies.
- Posner, Alan 2009. *Obama und die Neocons*. Deutschlandfunk-Podcast vom 4. März 2009. www.deutschlandfunkkultur.de/obama-und-die-neocons-100.html (Zugriff vom 02.04.2022).
- Riemer, Sebastian 2013. »Egon Bahr schockt die Schüler: »Es kann Krieg geben««, in *Rhein-Neckar-Zeitung* vom 4. Dezember 2013.
- Risse, Thomas 2000. »»Let's Argue!« Communicative Action in World Politics«, in *International Organization* 54, 1, S. 1–39.
- Schmid, Ulrich; KleeB, Christian 2015. *UA – Ukraine zwischen Ost und West*. Zürich: Vontobel-Stiftung.
- Specter, Matthew G. 2022. *The Atlantic Realists. Empire and International Political Thought between Germany and the United States*. Stanford: Stanford University Press.

- Swan, Betsy W.; McLeary, Paul 2021. »White House Freezes Ukraine Military Package that Includes Lethal Weapons«, in *Politico*. www.politico.com/news/2021/06/18/white-house-ukraine-military-lethal-weapons-495169 (Zugriff vom 03.03.2022).
- Tooze, Adam 2022. »John Mearsheimer and the Dark Origins of Realism. Rage Aimed at the Eminent International Relations Scholar Reflects Liberal Frustration over the West's Limited Power to Prevent Russia's War in Ukraine«, in *New Statesman* vom 8. März 2022. www.newstatesman.com/ideas/2022/03/john-mearsheimer-and-the-dark-origins-of-realism (Zugriff vom 10.03.2022).
- Wolf, Reinhard 1994. »Wie weiter mit dem Realismus?«, in *Zeitschrift für internationale Beziehungen* 1, 1, S. 171–184.

Zusammenfassung: Der Ukraine-Krieg hat das Ideal einer wirksamen Völkerrechtsordnung beschädigt. Stattdessen kann sich der außenpolitische Realismus, der auf Machtgebrauch als Garant für Frieden setzt, bestätigt fühlen. In dem Artikel werden die Auswirkungen der kriegsbedingten Zeitenwende auf das politische Handeln und auf künftige Leitlinien der internationalen Politik diskutiert.

Stichworte: außenpolitischer Realismus, Ukraine-Krieg, normativer Institutionalismus, Völkerrecht, Geopolitik

Realism on the Rise? Foreign and Security Policy at the «Turn of Time»

Summary: The Ukraine war has shattered the ideal of an effective international legal order. Instead, foreign policy realism, which relies on the use of force as a guarantor of peace, can feel vindicated. The article discusses the implications of the war-related turn of times for political action and for future guidelines of international politics.

Keywords: foreign policy realism, Ukraine war, normative institutionalism, international law, geopolitics

Autor

Roland Czada
Forschungsstelle Japan
Universität Osnabrück
Seminarstr. 33
49069 Osnabrück
Deutschland
roland.czada@uni-osnabrueck.de